



Bund-Länder-Beziehungen

Der Umgang mit Geld braucht neue Freiheiten



Von
JOCHEN
LORECK

Freibier macht durstig. Und fließt Geld in Strömen, ist ein vergleichbares Phänomen zu beobachten: Im Finanzgeflecht zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hat noch nie eine Gebietskörperschaft „Nein danke“ gesagt, wenn sich die Chance auf einen Extra-Euro bot. Ganz im Gegenteil. Der - um im Bild zu bleiben - „Haupt-Trunkenbold“ ist das Land Berlin. Es hat in den letzten Jahren am meisten vom Bund-Länder-Finanzausgleich profitiert und fühlt sich dennoch massiv benachteiligt.

Dieser Ausgangslage zum Trotz ist nun Besserung angesagt. Im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismus-Reform soll unser aller Steuergeld zwischen Bund, Ländern und Gemeinden „gerechter“ aufgeteilt werden. Wie aber lässt sich eine Torte gerechter aufteilen, von der letztlich alle am liebsten mehr abbekommen wollen? Soll das Marathon-Projekt nicht gleich im Ansatz scheitern, muss man sich wohl eines Kunstgriffs bedienen - und sich das Ziel setzen, die Torte anders zu backen. Das Prinzip muss sein: Jeder Beteiligte hat das Recht auf Erhalt angemessener Zutaten, aber anschließend backt jeder selbst.

Wie das gehen kann, hat in diesen Tagen der überparteiliche „Konvent für Deutschland“ aufgeschrieben: Schluss mit der bisherigen Art der Mischfinanzierung, die zugunsten finanzschwacher Länder umverteilt, ohne ihnen genügend Spielraum zur Selbst-Sanierung zu lassen. In der Sprache der Finanz-Fachleute

heißt das „Einnahme-Autonomie“. Gemeint ist: Die Bundesländer bekommen bei den Steuer-Geldern, die in ihren Kassen landen, eine Extra-Stellschraube in die Hand. Je nach Interessenlage können sie einen Zuschlag erheben oder einen „Rabatt“ gewähren.

Aus Sicht der Bürger bekämen Landtagswahlen dann eine zusätzliche Dimension: Es ließe sich deutlicher erkennen, wie gewissenhaft die jeweilige Landesregierung mit ihren Finanzen umgegangen ist - ob sie Schulden eindämmen oder eben auch nicht.

Die Vorstellung, dass es mehr Steuer-Wettbewerb zwischen den Bundesländern geben soll, mag ungewohnt sein. Deshalb ein Blick in die Schweiz: Dort regeln die Kantone ihre Steuersätze in hohem Maße selbst. Und siehe da: Es gibt zwar regionale Abweichungen, aber letztlich kein Steuer-Dumping. Vielmehr gleichen sich die Vor- und Nachteile der wirtschaftlichen Standorte aus. Die Befürchtung, die armen Regionen seien gleichsam gezwungen, hohe Steuern zu erheben, hat sich in der Schweiz gerade nicht erfüllt.

Vor allem die finanzschwächeren deutschen Länder stehen auf der Reformbremse. Bei ihnen dominiert immer noch der Glaube, man müsse nur laut genug „Haushaltsnotlage“ rufen, um vor der Beinahe-Pleite gerettet zu werden. Doch die jüngst in Karlsruhe abgewiesene Etat-Klage Berlins und der Schulterchluss der „reichen“ Süd-Länder im Streit um die Gesundheitsreform zeigen, dass sich der Wind in der öffentlichen Debatte gedreht hat: Die Geber-Länder fühlen sich mehr und mehr ausgenommen. Die Nehmer-Länder sollten sich darauf konstruktiv einstellen. **Seite 1**